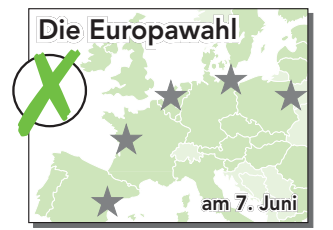


14 Stunden täglich für Europa



Nur noch 27 Tage, dann wählt Europa. Am 7. Juni wird entschieden, wer im europäischen Parlament künft-

ig für uns das Wort ergreifen soll. Experten warnen, die Wahlbeteiligung könnte auf einen historischen Tiefst-

stand fallen. Wie also sieht der Arbeitsalltag eines EU-Abgeordneten aus? Und welche Entscheidungen

trifft er? Die NP hat die SPD-Europa-Abgeordnete Erika Mann einen Tag in Straßburg begleitet.

NP-Besuch bei Erika Mann in Straßburg Um acht Uhr gehts mit DIN-Normen los

VON NORA LYSK

STRASSBURG. Die Zeit ist wieder mal knapp. Wie immer. Die SPD-Europaabgeordnete Erika Mann sitzt in ihrem Straßburger Büro. Geschätzte sechs Quadratmeter, die durch die an der Wand lehrenden Umzugskartons noch beengt wirken. „Die wollen hier streichen“, erklärt Mann. Außerdem sei gerade die letzte Plenarwoche vor der Wahl – „wer weiß schon, wer hier alles wieder einzieht“.

Zeit fehlt immer

Eigentlich wäre jetzt der passende Zeitpunkt für ein Gespräch über ihre Arbeit im Parlament, ihre Motivation, sich nebenbei auch noch für Nichtregierungsorganisationen zu engagieren und über das Gefühl, wie es ist, wenn man darum bangen muss, wieder gewählt zu werden. Doch wirklich zur Ruhe kommt die Europaabgeordnete nicht: „Nebenbei muss ich noch meine E-Mails checken“, entschuldigt sie sich während zeitgleich das Telefon mal wieder klingelt. Johanna Hasting, Manns Assistentin, ruft aus Brüssel an und erinnert ihre Chefin an den Termin um 10.30 Uhr und an das Pressegespräch, das nur zehn Minuten später stattfinden soll. „So ist das immer“, sagt Mann. „Die Zeit fehlt einfach an allen Ecken und Enden.“

Am Tag zuvor saß sie noch bis zehn Uhr Abends in ihrem kleinen Abgeordnetenbüro. Heute musste sie bereits um acht Uhr früh zum parlamentarischen Frühstück. Das Deutsche DIN Institut für Normung hat die SPD-Politikerin eingeladen – 14 Stunden-Tage sind in Straßburg die Regel. Bei Kaffee und Orangensaft argumentiert die kleine Gruppe in einem der vielen Hinterzimmer des Straßburger Parlamentsgebäudes über Türbreiten und Bauvorschriften. Problem der Normierungs-Experten: Die von der Kommission geplante zentrale Brüsseler Behörde, von der aus künftig das Leben aller Europäer in einheitliche Größen und Längenmaße eingeteilt werden soll. „Das wäre desaströs“, findet zumindest der Verbandsvorsitzende.

Vorurteile

Das Vorurteil, Europas Parlamentarier würden es in Straßburg maximal bis zur Sitzungsliste vor dem Plenarsaal schaffen, um das umstrittene Tagegeld abzukassieren, scheint – zumindest an diesem Tag – widerlegt. Mann muss wieder los, dringend noch eine Pressemitteilung vorbereiten. In einer Stunde soll die Reform des EU-Telekommunikationsrechts durchs Parlament gehen. Seit 1994, seit die 58-Jährige im Parlament sitzt, ist sie zuständig für die Planung im Bereich

politik, Informationsgesellschaft und Wettbewerbspolitik. Kein leichtes Thema. Scheinbar auch nicht für ihren SPD-Kollegen aus der Fraktion, der kurz vorbei schaut und recht ratlos wirkt. „Ich enthalte mich wohl“, kündigt er an. „Mach das ruhig“, sagt Mann und greift zum Telefonhörer. „Ich ruf nur kurz in Berlin an wegen der Pressemitteilung zur Abstimmung.“

Hinter ihr hängt ein pinkfarbener Sari an einem Regal, das vollgestopft ist mit indischen Büchern, CD's und Bildern. Erika

seit ständig und souverän zwischen Englisch, Französisch und Deutsch. „Eine Grundvoraussetzung“, sagt sie. Ebenso wie die Fähigkeit zum Netzwerken. „Der wohl größte Unterschied zum Bundestag ist, dass wir in Europa sehr personenbezogen und weniger entlang der Parteilinien arbeiten.“ Der Grund dafür? „Wir brauchen bei Gesetzgebungen die Zweidrittel-Mehrheit.“

Das beste Beispiel dafür liefert an diesem Tag eine Gruppe britischer Abgeordneter. „Die Tories und die Labourns an einem Tisch. Na, wenn das mal nicht euer Premier Brown sieht“, scherzt Mann. Die fünf Briten nehmen es mit Humor, begrüßen „Ärika“ und besprechen die nächste Abstimmung.

Reform scheitert

„Alles wird durchgehen“, hatte Mann zuvor gegenüber einer Gruppe Journalisten prognostiziert. Bis auf die Internetsperren. Das Thema sei heikel. Man könne schließlich nicht in die nationale Justiz eingreifen. Zumindest in diesem Punkt behält sie Recht. Aus Protest gegen die mögliche Sperrung von Internetanschlüssen bremst das Parlament die geplante Reform des EU-Telekommunikationsrechts an diesem Tag aus. Das Plenum lehnt den zwischen Rat und Regierung ausgehandelten Kompromiss ab. Dieser behandelte die Frage, wie mit Internetnutzern umgegangen werden soll, die illegal Daten herunterladen. Er sah vor, dass Anschlüsse auch ohne richterlichen Beschluss gesperrt werden können. Die Mehrheit der Abgeordneten folgt jedoch dem Antrag der Grünen, der Liberalen und der Linkspartei, die richterliche Anordnung verpflichtend zu machen.

Erika Mann bedient weiter den Abstimmungscomputer vor ihrem Platz im Plenarsaal. Im Bundestag werden bei namentlichen Abstimmungen noch kleine Holztafelchen in eine Kiste geworfen und anschließend ausgezählt. Straßburg ist da offensichtlich weiter.

Proteste

Dutzende Vorschläge für Verordnungen und Richtlinien stehen an diesem Mittag auf der Tagesordnung. Von der „Kennzeichnungspflicht von Haushaltskühlgeräten in Bezug auf ihren Energieverbrauch“ (abgelehnt) bis zur Verordnung über den „Schutz von Tieren zum Zeitpunkt ihres Todes“ (angenommen). Diese Entscheidung geht letztlich im Protestgeschrei einiger muslimischer Abgeordneter unter. Der Vorschlag des Ausschusses für Landwirtschaft könnte ein mögliches Verbot von Schächtungen in allen Mitgliedsstaaten der Union zur Folge haben. Und kulturelle Identitäten, die lassen sich eben auch in einem vereinten Europa nicht wegdiskutieren.

ZITAT

Ich bin doch so ein typisches Waldorfind. Indien und die ganze Philosophie haben mich schon immer interessiert.

Mann legt auf und erklärt: „Ich bin doch so ein typisches Waldorfind. Indien und die ganze Philosophie haben mich schon immer interessiert.“ Was sie daraus für ihre Arbeit zieht? „Man muss auch weich sein, um hart bleiben zu können.“

Noch während sie das sagt, macht sie sich auf den Weg Richtung Plenarsaal, vorbei an Abgeordnetencafés und Journalistenkantinen. Die Sprachen vermengen sich. Auch Erika Mann wech-

ZUR PERSON



Seit 1994 sitzt Erika Mann (58, Bad Gandersheim) für die SPD im Europäischen Parlament (EP). Die studierte Sozialpädagogin vertritt den niedersächsischen „Wahlkreis“, wozu die Landkreise Göttingen, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzminden, Nörthheim, Schaumburg, Celle, Diepholz, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Nienburg, Uelzen, Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Osterode, Peine, Wolfenbüttel, Region Hannover, die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg gehören. Ob Mann nach der Europawahl am 7. Juni erneut ins EP einziehen wird, ist fraglich. Auf der SPD-Bundesliste steht sie nur auf Platz 24. Grund: Die niedersächsische SPD setzte diesmal den DGB-Mann Bernd Lange auf Platz eins der Landesliste. „Viel hängt von der Wahlbeteiligung ab“, sagt Mann. Und die dürfte kaum höher ausfallen als 2004. nl



HÄNDE HOCH FÜR DIE NÄCHSTE ENTSCHEIDUNG: EU-Abgeordnete im Straßburger Parlament.

Foto: dpa

Wahl könnte mit Rechtsruck enden

VON JUTTA HARTLIEB

STRASSBURG. Arbeitszeit für Fernfahrer, Regeln für den Finanzmarkt, Öko-Etiketten für Fernseher – in der letzten Plenarsitzung vor der Wahl herrschte im Europa-Parlament Hochbetrieb. Im Rekordtempo verabschiedete die Straßburger Versammlung neue Vorschriften. Vor der Wahl Anfang Juni sollen möglichst viele EU-Regelungen festgezurrt werden – vor allem in den Bereichen Verbraucher- und Umweltschutz. Denn die Wahl, so befürchten viele Abgeordnete, könnte dem Parlament einen Rechtsruck bescheren und das Gewicht der Euroskeptiker in der Straßburger Versammlung stärken.

Gegner im Aufwind

Davon geht auch Andreas Maurer von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik aus. Euroskeptische Parteien wie die irische Libertas, die britische UKIP oder die tschechische ODS könnten dank populistischer Slogans an Zulauf gewinnen, meint der EU-Experte. Hinzu kämen traditionelle EU-Gegner vom rechten und linken Rand. Insgesamt könnten so im nächsten Europaparlament mit seinen dann 736 Abgeordneten gut hundert Euroskeptiker sitzen, deren erstes Ziel es sei, die EU-Gesetzgebung zu blockieren.

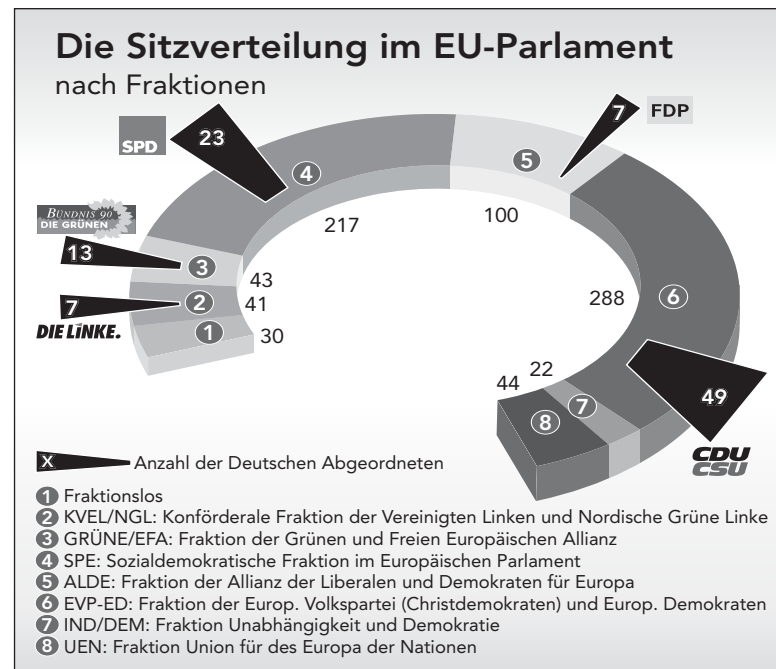
Dieser Trend sei vor allem zu erwarten, wenn viele den Urnen fernblieben, sagt der Fraktionsvorsitzende der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP), Joseph Daul. „Je geringer die Wahlbeteiligung, desto besser das Abschneiden der Extremisten.“ Die Sorge ist berechtigt – zumindest nach Umfragen. Demnach könnte die Wahlbeteiligung noch unter die 44 Prozent bei der Europawahl von 2004 fallen. Der deutsche Grüne Daniel Cohn-Bendit macht dafür in erster Linie die Parteien verantwortlich. Sie missbrauchten die Europawahl zum Austragen interner Zwiste. In Deutschland werde der anlaufende Europawahlkampf zudem von der Bundestagswahl im Herbst überschattet. „Die Parteien tun sich schwer, die Europawahl als eigenständige Wahl darzustellen.“



Daniel Cohn-Bendit

Paradoxes Desinteresse

Das geringe Interesse an der Wahl ist paradox. Schließlich hat das Europaparlament ein Mitentscheidungsrecht in Bereichen, die direkt das tägliche Leben beeinflussen. Ob es um Normen für Autoabgase, die Energieeffizienz von Glühbirnen oder um Regeln zur Sicherheit von Spielsachen geht – in all diesen Fragen entscheiden Ministerrat und Parlament gemeinsam. Nicht selten wurden Vorhaben auf Druck der EU-Volksvertretung erheblich abgeändert. Ihnen ist zu verdanken, dass etwa polnische Klempner oder tschechische Maler das deutsche Arbeitsrecht einhalten müssen, wenn sie ihre Dienste in Deutschland anbieten.



Tagegeld und Reisekosten: So viel verdienen EU-Abgeordnete

Ganze 7665 Euro Brutto verdient ein Europaabgeordneter im Monat. Zum Vergleich: Bundestagsabgeordnete verdienen drei Euro mehr. Zur Begleichung der Kosten, die durch die Arbeit in Brüssel und Straßburg entstehen (Unterkunft, Verpflegung und sonstige Kosten) erhalten alle EU-Abgeordneten zusätzlich ein so genanntes Tagegeld von 287 Euro. Voraussetzung für die Auszahlung ist aber, dass die Parlamentarier sich in Listen eintragen, dass sie auch tatsächlich an einer Plenarsitzung teilgenommen haben. Aufgrund der oft komplexen Themen hat jeder Parlamentarier außerdem Anspruch auf mindestens einen Assistenten – viele beschäftigen so-

gar zwei bis drei Mitarbeiter in ihren Straßburger und Brüsseler Büros. Zur Bezahlung dieser Assistenten steht jedem Abgeordneten ein Budget von monatlich maximal 16 900 Euro zur Verfügung. Die Parlamentsverwaltung überweist das Gehalt für die Mitarbeiter der Abgeordneten direkt an entsprechende Zahlstellen. So wird dafür gesorgt, dass die nationalen Steuer- und Sozialvorschriften eingehalten werden. Natürlich müssen die EU-Parlamentarier auch Einkommenssteuer zahlen – die geht direkt in den EU-Haushalt. Und auch die Mitgliedsstaaten haben die Möglichkeit Steuern bis zur Höhe ihrer nationalen Sätze zu fordern. nl

In Brüssel haben heute die Bürger das Wort

Europäer entwickeln Positionen zur Zukunft der EU. Gipfeltreffen mit Barroso und Pötering.

VON DANIEL KIRCH

BRÜSSEL. Für Brüsseler Politik hatte Wolfgang Senger lange nicht viel übrig. Bis eine EU-Vorschrift den Rentner plötzlich verpflichtete, in den Fahrstuhl in seinem Haus eine teure Lichtschranke einbauen zu lassen. „Das war gar nicht nötig“, klagt er und hegt seitdem die Befürchtung, dass Brüssel die Bürger bevormundet. Seine Sorgen

kann der Berliner jetzt an höchster Stelle vortragen. Vier Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament treffen sich heute 150 EU-Bürger wie Wolfgang Senger zum „Europäischen Bürgergipfel“ in Brüssel. Hier wollen sie der versammelten EU-Spitze, unter anderem Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Parlamentspräsident Hans-Gert Pötering, eine Deklaration

mit Handlungsempfehlungen zur Zukunft der EU übergeben. Diese war zuvor in intensiven Diskussionen entwickelt worden. „Der Vorteil ist, dass wir an keine Parteiorder gebunden sind“, sagt Senger. Politiker könnten über gewisse Grenzen nicht hinaus. Die nach 2007 zweite Auflage des „Bürgergipfels“ soll den Dialog zwischen Bevölkerung und den Akteuren der EU stärken. Simone

Schneider-Neri aus Parsdorf bei München, eine von zehn deutschen Teilnehmern, hält die Konferenz für eine gute Idee, um die Kluft zwischen EU und Bevölkerung zu schließen. „Ich bin bis in die Haarspitzen motiviert“, sagt die 29 Jahre alte Immobilienkauffrau, die gerade in Elternzeit ist. Die Bürger könnten ganze normale Sorgen ansprechen, „die ein Herr Barroso gar nicht kennen kann“.

Träger der Konferenz ist ein Zusammenschluss von 40 europäischen Organisationen. In nationalen Konferenzen hatten die Bürger der 27 EU-Mitgliedsländer zunächst Positionen formuliert. Bei einem Treffen im Auswärtigen Amt in Berlin entwickelten die 150 zufällig ausgewählte Deutschen, die den Bevölkerungsaufbau der Bundesrepublik widerspiegeln sollen, ihre Ratschläge an die EU-Politiker.

Sie sprachen sich für eine stärkere Förderung erneuerbarer Energien, mehr Transparenz der EU-Entscheidungen und eine zielgerichtete Vergabe von Subventionen aus. „Das war richtig harte Arbeit“, sagt Senger. Dass die 150 Europäer bei den Spitzenrepräsentanten der EU wirklich Gehör finden, das erwartet Senger durchaus: „Unsere Stimme zählt, weil ganz Europa da ist.“